

Ä1 PB.E-01: EINE EINLADUNG

Antragsteller*in: Michael Kömm (Co-Sprecher BAG globale Entwicklung)

Text

Von Zeile 13 bis 15 einfügen:

Gesellschaft schonungslos offengelegt, und das in einer ohnehin verwundbaren Welt. Die globalen Krisen dieser Zeit – zuallererst die Klimakrise und Biodiversitätskrise als wahre Menschheitskrisen – wirken in unser aller Leben hinein und gefährden Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.

Begründung

Die Biodiversitätskrise ist leider genauso drängend wie die Klimakrise. Im Einleitungsteil muss das mit adressiert werden. Das ist eine zentrale internationale politische Agenda, nicht nur bei der bevorstehenden UN Konferenz für Biodiversität (CBD COP 15 in Kunming China).

Wenn der Begriff Biodiversität nicht gewünscht ist könnte man auch auf Artenvielfalt oder Artensterben Bezug nehmen.

Ä2 PB.E-01: EINE EINLADUNG

Antragsteller*in: Michael Kömm (Co-Sprecher BAG globale Entwicklung)

Text

Von Zeile 34 bis 36:

Marktwirtschaft entwickelt, die zukunftsfähige Jobs, sozialen Schutz und fairen Wettbewerb in Deutschland und Europa zusammenbringt, wie man ~~der Globalisierung klare Regeln setzt~~ und globale Strukturen gerecht gestaltet und

Tech-Konzerne angemessen besteuert. Wir wissen, wie wir in eine starke Gesundheitsversorgung

Von Zeile 43 bis 45 einfügen:

Wertegemeinschaft demokratisch zu stärken und im globalen Systemwettbewerb gerechter und handlungsfähiger zu machen und die Länder des globalen Südens bei ihrer sozial-ökologischen Transformation zu unterstützen. Aber Worte allein reichen nicht, wir müssen es auch tun. Jetzt ist die Zeit fürs Machen.

Begründung

Der Einleitungsteil geht bisher wenig bis gar nicht auf globale Ungerechtigkeit ein und die Perspektive der Menschen im globalen Süden ein. Es fehlt der selbstreflexive Charakter, dass unser nationales / europäisches Handeln auch Auswirkungen auf andere Teil der Welt hat. Globalisierung sollte daher nicht geregelt werden, sondern im Kern müssen "globale Strukturen gerecht gestaltet" werden.

Zum zweiten braucht es eine klare Aussage, dass wir fest entschlossen sind, die Länder des globalen Südens bei der Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele zu unterstützen. Die Absätze beziehen sich im Kern sonst nur auf Deutschland und Europa. Das ist zu wenig für ein Wahlprogramm, das globale Themen adressieren soll (siehe auch das Beispiel Klima).

Ä4 PB.E-01: EINE EINLADUNG

Antragsteller*in: Philipp Sewing (BAG GE)

Text

Von Zeile 69 bis 72:

personell. Wir stehen auf einem festen Wertefundament und sind tief verwurzelt in der Gesellschaft. Wir haben ein klares Ziel für dieses Jahrzehnt vor Augen: ~~klimagerechten~~ klimagerechter Wohlstand innerhalb der planetaren Grenzen. Wir sind gewachsen und gestärkt durchs Regieren in Kommunen, Ländern und im Bund.

Mit Erfahrung und Kompetenz, mit Herz und Weitblick, mit Zuversicht und Leidenschaft, offen

Begründung

"Klimagerechter Wohlstand" ist vermutlich relativ einfach innerhalb der bestehenden Ordnung zu erreichen. Geben wir damit alle anderen planetaren Grenzen auf? Ich denke schon, dass es zum Anspruch der Grünen gehören muss, hier fundamentaler zu agieren.

Ä1 PB.L-01: KAPITEL 1: LEBENSGRUNDLAGEN SCHÜTZEN

Antragsteller*in: Manina Lassen (KV Berlin-Kreisfrei)

Text

Von Zeile 652 bis 655:

patentiertes Saatgut und Landraub weiter in die Abhängigkeit getrieben werden. Das Recht auf Nahrung muss garantiert sein, kleinbäuerliche Strukturen sowie Projekte solidarischer Landwirtschaft und deren Vernetzung sollten gestärkt werden. ~~Dafür~~ Dafür unterstützen wir mit unserer Agrar- und Entwicklungspolitik regionale Wertschöpfung und eine globale sozial-~~ökologische~~ ökologische Agrarwende.

Begründung

Die industrialisierte Landwirtschaft mit ihrem hohen Energie- und Pestizid-Verbrauch muss zugunsten von Methoden solidarischer Bewirtschaftung und Vermarktung zurückgedrängt werden. Kooperativen zwischen Produzenten und Konsumenten können Planbarkeit der Investitionen in nachhaltige Landwirtschaft fördern.

Ä2 PB.L-01: KAPITEL 1: LEBENSGRUNDLAGEN SCHÜTZEN

Antragsteller*in: Deborah Düring (KV Frankfurt)

Text

Von Zeile 533 bis 535 einfügen:

werden, davon 10 Prozent der EU-Landflächen und 10 Prozent der EU-Meeresgebiete mit strengen Schutzvorgaben, nötig ist außerdem ein Entwaldungsstopp für die Schutzgebiete an Land. Dabei muss der Schutz von Menschenrechten im Naturschutz immer konsequent berücksichtigt werden. Die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung wollen wir in einem solchen Abkommen als neue

Begründung

Im Rahmen der Biodiversitätsstrategie der EU sollen diese Ziele auch global unterstützt werden. Im Rahmen des neuen Rahmenwerkes der Global Biodiversity Framework (GBF) soll das Ziel, dass 30% der Welt als Schutzgebiete deklariert werden, verankert werden. Bezüglich dieser Zielsetzung befürchten viele Wissenschaftler*innen und NGO's massive Menschenrechtsverletzungen, insbesondere die Vertreibung von indigenen Gemeinschaften. Aufgrund eines kolonialen Konzeptes von Naturschutz, welches Menschen und Natur nicht zusammendenken, ist zu befürchten, dass der Aufbau von neuen Schutzgebieten zu massiven Menschenrechtsverletzungen und Vertreibungen indigener Gemeinschaften führt. Für uns muss klar sein, dass Naturschutz gemeinsam mit den Menschen vor Ort stattfinden muss und keinerlei Menschenrechtsverletzungen stattfinden dürfen. Klimagerechtigkeit bedeutet den Schutz der Natur gemeinsam mit indigenen Gemeinschaften voranzutreiben statt gegen diese.

Für mehr Infos siehe: <https://assets.survivalinternational.org/documents/1972/en-fr-es-it-de-200928.pdf>

Ä3 PB.L-01: KAPITEL 1: LEBENSGRUNDLAGEN SCHÜTZEN

Antragsteller*in: Luise Steinwachs (KV Berlin-Pankow)

Text

Von Zeile 687 bis 689 einfügen:

nötig, die Zucht von robusten Sorten voranzutreiben. Angesichts der Klima- und Biodiversitätskrise wollen wir sowohl die Forschung für ökologisches [Saatgut und den Schutz bäuerlicher Rechte auf](#) Saatgut stärken als auch neue Ansätze fördern. Gentechnikfreie Produktion muss durch vorsorgeorientierte

Begründung

Auch mit Blick auf die Entwicklungszusammenarbeit ist es wichtig, den Schutz bäuerlicher Rechte auf Saatgut zu stärken. Gleichzeitig bedarf es einer aktiven Unterstützung von selbstorganisierten bäuerlichen Saatguttausch- und Verkaufsmärkten.

Ä4 PB.L-01: KAPITEL 1: LEBENSGRUNDLAGEN SCHÜTZEN

Antragsteller*in: Ute Koczy (KV Lippe)

Text

Von Zeile 254 bis 256 einfügen:

insbesondere wenn man die zusätzlichen Emissionen bei seiner Förderung und dem Transport mit einrechnet. Daher wollen wir einen Gas-Ausstiegsplan erarbeiten.

Öffentliche Gelder für neue Import-Infrastruktur wollen wir daran binden, dass die fossilen Energieträger darüber nur noch in einem begrenzten Zeitrahmen transportiert

Begründung

Gas wird fälschlicherweise als "Brückentechnologie" bezeichnet, auch im internationalen Rahmen. Deswegen müssen Szenarien für einen Ausstieg wie für einen Nichteinstieg umgehend entwickelt werden.

Ä6 PB.L-01: KAPITEL 1: LEBENSGRUNDLAGEN SCHÜTZEN

Antragsteller*in: Luise Steinwachs (KV Berlin-Pankow)

Text

Von Zeile 651 bis 655:

Gesundheit und Umwelt, während Kleinbäuer*innen durch europäische Dumpingexporte, patentiertes Saatgut und Landraub weiter in die Abhängigkeit getrieben werden. Das Recht ~~auf~~ auf Nahrung muss garantiert sein; Dafür wollen wir kleinbäuerliche Strukturen ~~sollten gestärkt werden~~ sowie Projekte solidarischer Landwirtschaft und deren Vernetzung und auf internationaler Ebene das VN-Welternährungskomitee politisch und finanziell stärken. Dafür unterstützen wir mit ~~Mit~~ unserer Agrar- und Entwicklungspolitik unterstützen wir regionale Wertschöpfung und eine globale sozial-~~ökologische~~ ökologische Agrarwende.

Begründung

Aufbauend auf dem Antrag von Manina Lassen wurde der VN-Welternährungsrat ergänzt. Er ist das inklusivste VN-Gremium, in dem die Zivilgesellschaft an der Entwicklung von Leitlinien zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung mitarbeitet und so den von Hunger und Mangelernährung betroffenen Menschen direkte Mitsprache ermöglicht. Dieses Gremium wird international von Regierungen immer wieder in Frage gestellt und sollte daher durch ein explizites Benennen gestärkt werden.

Ä1 PB.W-01: KAPITEL 2: IN DIE ZUKUNFT WIRTSCHAFTEN

Antragsteller*in: Philipp Sewing

Text

Von Zeile 681 bis 684:

Durch Buchungstricks verschieben große Konzerne ihre Gewinne in Steuersümpfe - aus Deutschland aber auch vielen armen Ländern. So fehlen

Milliarden für ~~unsere Infrastruktur~~ Infrastruktur und Entwicklung, und die Firmen verschaffen sich unfaire

Wettbewerbsvorteile gegenüber kleineren Unternehmen. Darum kämpfen wir für ein international verbindliches Regelwerk, das Mindeststandards für die Steuerpflichten von Unternehmen und Staaten setzt sowie die Stärkung des UN Steuer-Komitees. Den Internationalen Währungsfonds und die Entwicklungsbanken fordern wir auf, faire und gerechte Steuersysteme zu fördern und den Kampf gegen Steuerhinterziehung zu intensivieren. Auch zu Hause werden wir aktiv: Wir wollen dafür sorgen, dass Konzerne

ihre Gewinne, Umsätze und Steuerzahlungen nach Ländern umfänglich öffentlich machen müssen,

Begründung

Steuervermeidung ist nicht nur ein Problem für Deutschland.

Ä2 PB.W-01: KAPITEL 2: IN DIE ZUKUNFT WIRTSCHAFTEN

Antragsteller*in: Lutz Weischer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

Text

Von Zeile 453 bis 455 einfügen:

Kommission setzen wir uns für einen Grenzausgleich von CO₂-Kosten ein, damit ambitionierter Klimaschutz nicht zum Wettbewerbsnachteil wird. Wir werden dafür einsetzen, dass die EU die Einnahmen aus diesem Grenzausgleich weitestgehend an insbesondere die ärmeren Handelspartnerländer zurückgibt. Dies sollte über einen Dekarbonisierungs-Fonds geschehen, aus dem vom Grenzausgleich betroffene Länder des Globalen Südens Mittel für Klimaschutzmaßnahmen erhalten. Nur so können wir verhindern, dass das Instrument auf starke Widerstände stößt und dafür sorgen, dass die notwendige Transformation auch jenseits der EU vorangetrieben wird. Fairer Wettbewerb braucht auch neue rechtliche Instrumente gegen den wettbewerbsverzerrenden Charakter von Subventionen

Ä3 PB.W-01: KAPITEL 2: IN DIE ZUKUNFT WIRTSCHAFTEN

Antragsteller*in: Lutz Weischer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

Text

Von Zeile 451 bis 453 einfügen:

muss in Zukunft – anstelle von fossilen Anlagen und Kraftwerken – Hidden Champions unterstützen, die Hightech für bessere Umwelt- und Lebensbedingungen herstellen. Die gesamte Außenwirtschaftsförderung werden wir mit klaren Kriterien so ausrichten, dass sie der Verwirklichung der Ziele für Nachhaltige Entwicklung und des Pariser Klimaabkommens dient und die Einhaltung der Menschenrechte sicherstellt. Jegliche Unterstützung für fossile Projekte werden wir ausschließen. Mit der EU-Kommission setzen wir uns für einen Grenzausgleich von CO₂-Kosten ein, damit ambitionierter

Ä1 PB.S-01: KAPITEL 3: SOLIDARITÄT SICHERN

Antragsteller*in: Tobias Bündler (KV Berlin-Neukölln)

Text

Von Zeile 438 bis 440 einfügen:

werden. Wir investieren in Gesundheitsforschung, zum Beispiel bei Medikamenten oder der Entwicklung neuer Testverfahren. Öffentliche Förderung für Medikamenten- und Impfstoffforschung knüpfen wir an gemeinwohlorientierte Bedingungen, wie Preisgarantien oder die Teilhabe am geistigen Eigentum, um den weltweiten Zugang zu resultierenden Gesundheitsprodukten zu verbessern. Auch die Produktion von Medikamenten und Medizinprodukten soll – in europäischer Kooperation – vorangetrieben werden, die Versorgung, zum Beispiel mit

Ä1 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: konsolidiert Philipp Sewing, Luise Steinwachs, Michael Kömm

Text

Von Zeile 1 bis 5:

Die großen Herausforderungen unserer Zeit sind global: Pandemien, die ~~Klimakrise, Hunger~~Klima- und Biodiversitätskrise, Hunger, Urbanisierung,

Migration und die sozial-ökologische Transformation als besondere Aufgabe. Wir können sie

nur gemeinsam meistern. Jahrelang hat Deutschland in Europa und der Welt aber allenfalls

moderiert, oft gezögert, ist abgetaucht. Es ist Zeit, wieder eine aktive ~~Außenpolitik~~internationale Politik zu

betreiben und als gestaltende Kraft voranzugehen im Sinne einer multilateralen und

Begründung

Zu Biodiversität: die Krise ist mindestens genauso brennend wie Klima und noch ungelöst (siehe unklare Verhandlungen zu neuem Rahmenwerk für die UN Biodiversitätskonvention)

Zu Urbanisierung: Eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit ist die weltweit zunehmende Urbanisierung. Schon heute lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten. Es wird erwartet, dass 2050 ca. zwei Drittel der Menschen in Städten leben. Armut, Ernährungsunsicherheit und Wohnungslosigkeit zeigen sich zunehmend als städtische Probleme, da die städtische Bevölkerung weltweit zunimmt. Eine Klimawende wird es ohne eine nachhaltige Urbanisierung nicht geben. Daher wird vorgeschlagen, Urbanisierung gesondert zu nennen.

Zu "aktive Außenpolitik": Wir brauchen an dieser Stelle eine Bezeichnung, die umfassender/ übergreifender ist, also eine "aktive internationale Politik", die auch andere relevante internationale Politikfelder wie die Entwicklungspolitik umfasst. Alternativ könnte man hier auch "Es ist Zeit, wieder aktive Außen-, Entwicklungspolitik zu betreiben und als gestaltende Kraft voranzugehen" schreiben - dies würde dann auch den ähnlichen Stellen an anderen Teilen des Textentwurfs entsprechen.

Ä2 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: konsolidiert Philipp Sewing + Michael Kömm (für Thementteams)

Text

Von Zeile 9 bis 13:

Gestützt auf die Agenda der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, das Pariser Klimaabkommen und die rechtebasierte internationale Ordnung setzen wir uns für eine wirkungsorientierte und machtkritische globale Strukturpolitik ein, die den Schutz ~~öffentlicher Güter~~, und die Bereitstellung globaler Gemeingüter eine gerechte Ressourcenverteilung sowie Entwicklungschancen für alle als beste Vorsorge gegen die Klima- und Biodiversitätskrisen, Konflikte, Gewalt oder das unermessliche Leid von Hunger, Flucht und Vertreibung begreift.

Begründung

Es geht um den Schutz und die Bereitstellung globaler Gemeingüter eine gerechte Ressourcenverteilung. Die Punkte Klima- und Biodiversitätskrisen und Hunger müssen verstärkt werden.

Wirkungsorientierung von politischen Maßnahmen ist super zentral, damit aus Worten auch Taten folgen, damit konkrete Verbesserungen erzielt werden, damit aus Fehlern auch gelernt wird. Die BAG globale Entwicklung hat ein umfangreiches Konzept ausgearbeitet, wie Wirkungsorientierung in der Politik noch weiter verbessert werden kann. Dieser Ansatz ist wohl zu technisch für ein eigenes Projekt, es muss jedoch ganz zentral in diesem Kapitel aufscheinen, dass die Grünen das Prinzip der Wirkungsorientierung umsetzen wollen.

Gleichzeitig müssen wir unseren postkolonialen Anspruch konkret in der Praxis anwenden, indem wir uns in Hinsicht von "Macht" selbst kritisch reflektieren und mit kritischer Haltung unsere Politik zu betreiben.

Der Einschub ist an dieser zentralen Textstelle besonders passend und wird der hohen Bedeutung unseres politischen Anspruchs gerecht.

Ä3 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: Michael Kömm (Co-Sprecher BAG globale Entwicklung)

Text

Von Zeile 75 bis 77:

Die Größe und Komplexität der internationalen Herausforderungen, die da vor uns liegen, sollte Messlatte unseres ~~außenpolitischen~~ nationalen und internationalen politischen Handelns sein. Die globalen Aufgaben sind erheblich. Wagen wir die ~~entsprechenden~~ notwendigen Antworten.

Begründung

Der abschließende Absatz dieses Chapeau-Textes muss den Kerngedanken der globalen Strukturpolitik widerspiegeln: die globalen Herausforderungen sind nicht alleine durch internationale Politik zu meistern - im Gegenteil: wir müssen auch bei uns zu Hause anfangen. Daher der Einschub, dass es nationales und internationales politisches Handeln geht.

"entsprechende Antworten" ist etwas sehr defensiv - es sollte hier klarer formuliert sein, dass unsere Antworten "notwendig" sind - im Sinne der zuvor beschriebenen Verantwortung unsererseits.

Ä4 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: konsolidiert u.a. Sophia Birchinger + Michael Kömm (für Thementteams)

Text

Von Zeile 46 bis 52:

Wir setzen auf den ehrlichen Interessensausgleich, die Achtung der Rechte marginalisierter Gruppen, auf Zusammenarbeit und Rechtsstaatlichkeit, auf ~~Konfliktprävention~~koordinierte Krisenprävention und regelbasierte sowie vorrangig zivile Konfliktbearbeitung in einer eng vernetzten Welt. Unser Ziel ist eine Weltordnung, in der Konflikte nicht über das Recht des Stärkeren, sondern am Verhandlungstisch gelöst werden. Und wir reichen allen die Hand, die daran teilhaben wollen. ~~All das tun wir~~Wir richten unsere Politik postkolonial und antirassistisch aus, im Wissen um Deutschlands Verantwortung in der Welt und im Bewusstsein um die Verbrechen des Nationalsozialismus und des Kolonialismus.

Begründung

erster Teil: Konfliktprävention ist ein Schlagwort, das seit mehreren Jahren die internationale sowie nationale Debatte zur Konfliktbearbeitung prägt. Zahlreiche Akteure sind aktiv auf allen Ebenen von der Planung- bis zur Implementierung von Maßnahmen. Die Wirksamkeit dieser kann dabei nur durch erhöhte Koordinationsbemühungen gewährleistet werden, weshalb ich vorschlage, das Wort "koordiniert" aufzunehmen. Im gleichen Satz schlage ich vor, die Befürwortung ziviler Maßnahmen in der Konfliktbearbeitung zu betonen, indem der Einschub "sowie vorrangig zivile" ergänzt wird. Nicht nur ist das Primat der nicht-militärischen Konfliktbearbeitung wann immer es möglich ist, historisch tief in unserer Partei verankert, sondern spiegelt auch Deutschlands Rolle in der Welt gut wider. Der Einsatz vorrangig ziviler Mittel zur Konfliktbearbeitung bedeutet NICHT, dass militärische Maßnahmen ausgeschlossen sind, sondern dass in der Konfliktbearbeitung zunächst zu prüfen ist, welchen Beitrag Deutschland mit zivilen Mitteln leisten kann, bevor es militärisch aktiv wird.

zweiter Teil: Die deutschen und europäischen Verbrechen des Kolonialismus fehlen im Chapeautext noch komplett. Zudem müssen wir ein klares Versprechen abgeben, dass aus wir aus den Verbrechen der Geschichte lernen und unser Handeln hinterfragen. Es wäre vermessen zu sagen, dass wir "postkolonial und antirassistisch handeln" - diese absolute Aussage ist unerreichbar; daher die etwas umständlichere Aussage, dass wir unser "politisches Handeln postkolonial und antirassistisch ausrichten".

Ä5 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: konsolidiert u.a. Marion Popp + Philipp Sewing (für Thementteams)

Text

Von Zeile 17 bis 19 einfügen:

Friedensmacht ist nicht nur Antwort auf eine lange und schmerzvolle Geschichte von Kriegen und Feindseligkeiten auf unserem Kontinent, exportiert auch durch den Kolonialismus in die ganze Welt, sondern vor allem ein Zukunftsversprechen, das es einzulösen gilt. Sie ist unser schützenswertes und

Von Zeile 24 bis 26:

nötig. Nur eine handlungsfähige und krisenfeste EU ist in der Lage, kritische Infrastruktur und ~~öffentliche Güter~~ globale Gemeingüter bereitzustellen und zu schützen, global für das Völkerrecht und die universalen Menschenrechte einzustehen. Mit dem größten Binnenmarkt der Welt hat die EU wirtschaftlich

Ä6 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: Michael Kömm (Co-Sprecher BAG globale Entwicklung)

Text

In Zeile 98:

~~Klimaaußenpolitik~~

Globale Klimagerechtigkeit

Begründung

Dieser Änderungsantrag steht im unmittelbaren Zusammenhang mit den Änderungen des Absatzes - muss zusammen abgestimmt werden

Text

Von Zeile 99 bis 112:

Wir verfolgen eine ambitionierte, ~~nachhaltige und~~ menschenrechtskonforme ~~Klimaaußenpolitik und~~ postkolonial sensible internationale Klimapolitik. Sie ist klimapolitisch notwendig, ~~kann~~ muss nachhaltige Entwicklung fördern, Ressourcenkonflikten vorbeugen und Frieden sichern. ~~Klimaaußenpolitik~~ Neben der globalen Energiewende müssen auch Wirtschaftsmodelle und -kreisläufe nachhaltig und wettbewerbsfähig gestaltet werden, um eine echte Alternative darzustellen. Internationale Klimapolitik kann zu einer Win-win-Situation für Europa, seine Nachbarn und die Länder des globalen Sonnengürtels führen. ~~Sie bedeutet zum einen, dass wir~~ Wir Europäer*innen wollen unseren Bedarf an grüner Energie durch Klimapartnerschaften decken helfen: grüner Wasserstoff statt Öl- und Gasimporte. ~~Andererseits~~ Länder des globalen Südens haben aber auch selbst wachsende Energiebedarfe, Klima- und Entwicklungsziele sind für sie untrennbar. Die Klimakrise trifft die Menschen im globalen Süden am härtesten, obgleich sie am wenigsten zur Erderwärmung beigetragen haben. Wir werden ~~wir so~~ endlich unserer historischen Verantwortung gerecht, indem wir ~~Elektrifizierung und Technologietransfers insbesondere in afrikanischen~~ Ländern vorantreiben des globalen Südens, und darüber hinaus, Klima- und Entwicklungspartnerschaften anbieten, um den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien in diesen Ländern ~~unterstützen zu unterstützen, Anpassung an den Klimawandel zu stärken und die nachhaltige Entwicklungsziele zu erreichen. Dafür braucht es eine starke Zusammenarbeit mit ambitionierten europäischen und internationalen Partner*innen sowie der multilateralen Entwicklungsbanken, um somit Innovation zum Durchbruch zu verhelfen.~~ Nur so können wir es als Weltgemeinschaft schaffen, ~~global~~ auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Wir stärken die bestehenden internationalen Fonds für Klimaanpassung und Klimaschutz (~~„Adaptation and Mitigation“~~) und setzen uns dafür ein, dass es auch einen Fonds zum Ausgleich von Schäden und Verlusten (~~„Loss and Damage“~~) gibt. Daraus können zum Beispiel Klimarisikoversicherungen und Unterstützung für klimabedingte Migration, insbesondere von marginalisierten Gruppen, finanziert werden. Entwicklungs- und Investitionsbanken wie die Weltbank sollten zu Transformationsbanken umgebaut werden. Deutschland und die Europäische Union müssen darüber hinaus ihre diplomatischen Fähigkeiten viel stärker auf eine klimagerechte Politik ausrichten. Für mehr Sichtbarkeit und Effektivität muss die nächste Bundesregierung auf Ebene der Staatssekretär*innen eine Zuständigkeit für internationale Klima- und Nachhaltigkeitspolitik schaffen, eine ressortübergreifende Strategie entwickeln und jährlich im Bundestag darüber berichten.

Begründung

Konsentierter ÄA gemeinsam mit BAG Frieden & Internationales

Das "nachhaltig" im ersten Satz kann gestrichen werden, da die Aussage im zweiten Satz bez. nachhaltige Entwicklung klar genug ist. Gleichzeitig müssen wir Grüne uns dem Eindruck verwehren, dass unsere internationale Klimapolitik nicht postkolonial sensibel ist.

Klimaaußenpolitik sollte durch internationale Klimapolitik ersetzt werden, da Klimaaußenpolitik nur ein Teil des politischen Instrumentariums ist.

Insgesamt muss der Absatz deutlich umformuliert werden, damit es nicht so rüberkommt, als würden wir nur unserer Verantwortung zur Unterstützung der Länder des globalen Südens gerecht werden, wenn sie uns Energie exportieren (das die Menschen dort selbst benötigen). Der Absatz muss daher vielmehr in Form eines Angebots unsererseits an die Partnerländer formuliert werden. Die Bedürfnisse im globalen Süden müssen klar anerkannt werden (diese umfassen nicht nur Klimaschutz, sondern auch Anpassung an den Klimawandel und insgesamt die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele). Es wäre eine Illusion zu glauben, dass wir das 1,5° Ziel global schaffen werden, wenn wir nicht anerkennen, dass Klima- und Entwicklungsziele im globalen Süden untrennbar miteinander verknüpft sind.

Die englischen Begriffe sollten gestrichen werden: sie haben keinen Mehrwert; im Gegenteil: sie wirken der einfachen Verständlichkeit des Textes entgegen.

Im Absatz fehlt noch ein klarer Bezug zur Unterstützung für klimabedingte Migration, insbesondere von marginalisierten Gruppen

Ä9 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: Philipp Sewing (für Thementeam)

Text

Von Zeile 55 bis 58 einfügen:

Globalisierung, die eben nicht nur Wohlstand und Entwicklung bedeutet, sondern auch zu Ausbeutung von Mensch und Umwelt führt. Diese Verantwortung, insbesondere auch gegenüber Ländern des globalen Südens, verstehen wir als Antrieb für ambitionierte Veränderung und entschiedenes Handeln mit dem Ziel globaler Gerechtigkeit und setzen dafür bei uns selbst an. Unser innen- und europapolitisches Agieren in den Bereichen der Wirtschafts-, Agrar-, Steuer-, Finanz- und Handelspolitik muss kohärent sein mit unseren globalen Zielen. Das werden wir in unserem Regierungshandeln sicherstellen und in globalen Foren und multilateralen Institutionen dafür einstehen.

Ä10 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: Michael Krempin (KV Wetterau)

Begründung

Redaktionelle Änderung:

immer "Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung" oder "Agenda 2030" schreiben - im Text des Wahlprogramms tauchen insgesamt mindestens 4 verschiedene Bezeichnungen auf.

Ä11 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: u.a. Thementeam postkolonial + Wirkungsorientierung + Dieter + Michael + Micha (konsolidiert)

Text

Von Zeile 82 bis 84 einfügen:

drängt. Darum braucht es in den nächsten Jahren einen energischen Schub für eine sozial-ökologische Transformation. Ziel muss es sein, überall auf der Welt die planetaren Grenzen einzuhalten und gleichzeitig menschliches Wohlergehen für alle zu ermöglichen, jetzt und für zukünftige Generationen. Die nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 und des Klimaabkommens von Paris waren ein Aufbruch. Alle Länder sind seitdem verpflichtet, bei sich

Von Zeile 86 bis 97:

sind es unsere Entscheidungen in Wirtschaft und Handel, bei Agrar- oder Rüstungsexporten, die sich weltweit stark auf Klima, Artenschutz und globale Gerechtigkeit auswirken. ~~Wir wollen alle~~ Alle nationalen wie internationalen Politikbereiche ~~in Deutschland~~ richten wir auf die Transformation ausrichten aus und führen einen Nachhaltigkeits- und Menschenrechts-TÜV einführen, ein, bei dem alle relevanten Gesetzesentwürfe inklusive des Haushaltsentwurfs auf Vereinbarkeit mit den UN Nachhaltigkeits- ~~Es gilt unsere internationalen Zusagen einzuhalten~~ und ~~die öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der ODA-Quote~~ Klimazielen sowie ~~der internationalen Klimafinanzierung und Biodiversität zu erfüllen~~ Menschenrechtsabkommen überprüft werden. Auch international wollen wir neuen Schwung in die sozial-ökologische Transformation bringen, indem wir auf eine verbindliche Transformationsquote hinwirken und insbesondere die Länder des globalen Südens in diesem Prozess unterstützen. Wir bündeln die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit, internationale Klimafinanzierung und Teile der humanitären Hilfe, um eine globale Transformation entlang den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen und den Pariser Klimazielen zu finanzieren. Dabei halten wir unsere internationale Zusagen für Entwicklungszusammenarbeit, Klimafinanzierung und Biodiversität ein. Deutschlands Beitrag ~~seht~~ bis 2025 umfasst, die ODA-Quote von 0,7% des Bruttonationaleinkommens zu erfüllen und ~~bis 2025 8~~ weitere 10 Milliarden Euro aus HAUSHALTSMITTELN ~~öffentlichen Mitteln~~ zur internationalen Klimafinanzierung bereitstellen ~~bereitzustellen.~~ Diese internationale Zusammenarbeit muss machtkritisch und antirassistisch erfolgen. Wir setzen dabei neben staatlichen Akteuren verstärkt auf die Initiative und Innovationskraft der LOKALEN Zivilgesellschaft. Um die Wirkungsorientierung aller Maßnahmen sicher zu stellen, wollen wir den engen Austausch mit Wissenschaftler*innen und evidenzbasierte Ansätze institutionell stärken.

Begründung

Der Absatz muss an ein paar Stellen noch sprachlich konkreter gefasst werden, um die Bedeutung unseres Handelns zur Erreichung der sozial-ökologischen globalen Transformation zu unterstreichen. Die ODA-Quote muss an einer Stelle erklärt werden, damit auch Nicht-Expert*innen ansatzweise nachvollziehen können, um welche Summe es sich dabei handelt.

Es ist aus meiner Sicht wichtig festzuhalten, was sozial-ökologische Transformation auf globaler Ebene im Kern bedeutet. Ähnliche Formulierungen finden sich auch im grünen Grundsatzprogramm.

Der vorgeschlagene Nachhaltigkeits- und Menschenrechts-TÜV muss kurz erklärt werden, weil den meisten Menschen nicht klar ist, was er beinhaltet.

Kernpunkte: Konkretisierung bezüglich "weitere" und zudem 10 Mrd. € internationale Klimafinanzierung statt 8 Mrd. (Beschluss BDK Bielefeld 2019)

Alleine große Summen an internationalen Geldern auszugeben genügt nicht, es müssen auch die zentrale Kriterien benannt werden, wie die Gelder ausgegeben werden sollen (u.a. machtkritisch, antirassistisch, stärkere Rolle der Zivilgesellschaft). Die Umsetzung der finanziellen Mittel muss der Wirkungsorientierung unterliegen.

Wir GRÜNE müssen dafür sorgen, dass lokale Perspektiven konsequenter als bisher in die Formulierung, Planung und Umsetzung von IZ-Programmen integriert werden, weil uns dies unserem Anspruch einer gleichberechtigten und post-kolonialen Zusammenarbeit einen weiteren Schritt näher bringt. Nicht nur Legitimität aber auch langfristige Wirksamkeit von Maßnahmen können durch die Teilhabe von lokalen Perspektiven erhöht werden.

Text

Von Zeile 507 bis 517:

Devisenspekulationen, Steuervermeidung und Kapitalflucht schwächen die politische Handlungsfähigkeit nationaler Regierungen und erhöhen die Gefahr von Währungs- und Finanzkrisen.

Die Corona-Krise ~~führt~~hat in vielen Entwicklungsländern ~~zu~~ Kapitalflucht und Währungskrisen verstärkt und

~~offenbart~~ so die Schwächen der Währungsordnung offenbart. Unser Ziel bleibt langfristig der Aufbau eines kooperativen Weltwährungssystems: und eine effektive Regulierung der globalen Finanzmärkte

Der IWF muss in Krisensituationen sehr viel mehr

Liquidität unkontingiert bereitstellen können. Dafür werden wir uns für eine deutliche

Aufstockung der Sonderziehungsrechte einsetzen. ~~Deutschland und Europa könnten vorgehen~~

~~und nicht genutzte Sonderziehungsrechte Entwicklungsländern zur Verfügung stellen, wie~~

~~Kanada es bereits getan hat~~. Der IWF sollte Entwicklungsländern auch bei der Einführung und

Durchführung von Kapitalverkehrskontrollen sowie der Bekämpfung von Steuerflucht helfen und dafür mit den Staaten mit globalen

Finanzzentren zusammenarbeiten. Das Stimmengewicht muss sich zugunsten von

Entwicklungsländern verschieben. ~~Die EU-Staaten sollten ihre Stimmrechte zusammenlegen.~~

Begründung

Ich denke zum einen dass der bisherige Fokus zu stark auf Währungskrisen liegt, und nicht so klar benennt woraus die entstehen (können). Deshalb möchte ich die Themen Kapital- und Steuerflucht stärker betont sehen. Zum anderen meine ich, dass das alles ja nicht durch Corona entsteht, wie der Einleitungssatz nahelegt, sondern dass Corona ein Verstärker ist. Kleine Streichungen habe ich vorgenommen, wo mir Vorschläge zu kleinteilig erschienen (und: wenn ÄAs immer nur Text addieren, ohne mal was zu streichen, wird das Programm schon arg dick!).

Last not least: mit dem Titel "Globale Krisenprävention" bin ich nicht zufrieden, mir fällt aber keine bessere griffigere Überschrift ein.

Ä23 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: Philipp Sewing (Für Schulden-Team)

Text

In Zeile 518:

Entwicklung ermöglichen, Schulden ~~streichen~~restrukturieren

Text

Von Zeile 519 bis 524:

Viele ~~Entwicklungsländer sind~~ Länder des Globalen Südens sind überschuldet. ~~Beispielsweise gibt Pakistan 40 Prozent seines~~ Etats für den Schuldendienst, aber nur 2 Prozent für Gesundheit aus. Nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds befinden sich Anfang 2021 über die Hälfte der Länder mit niedrigem Einkommen in einer Schuldenkrise, oder sind einem hohen Risiko ausgesetzt, alsbald in eine solche zu geraten. Das derzeitige ~~Schuldenmoratorium~~ Schuldendienstmoratorium ist richtig, verschiebt das Problem aber in die Zukunft. Wir brauchen eine nachhaltige Schuldenrestrukturierung. Nur so können die überschuldeten Schwellen- und Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden, klimafreundliche und inklusive Entwicklungsstrategien finanziell auch umzusetzen. Wir brauchen einen echten Schuldenerlass globalen Pakt zwischen Gläubigern und Schuldern, der anstehende Schuldenrestrukturierungen bereits im Rahmen bestehender Verfahren (etwa dem G20 Common Framework und dem Pariser Club) mit nachhaltiger, resilienter und inklusiver Entwicklung verbindet. ~~Dafür~~ Um zukünftige Überschuldungssituationen ohne die sozial und wirtschaftlich kostspieligen Verzögerungen umsetzen zu können, muss ein international transparentes und unabhängiges Staateninsolvenzverfahren für die Länder geschaffen werden, die überwiegend nicht in ihrer eigenen Währung verschuldet sind. Private Gläubiger müssen rechtlich dazu verpflichtet werden, an

Von Zeile 526 bis 533:

Gläubiger eine Entschuldung blockieren, und verhindern, dass einzelne private Gläubiger wie Geierfonds auf Kosten anderer profitieren. Falls eine internationale Lösung nicht durchsetzbar sein sollte, müssen Deutschland und andere progressive Regierungen mit eigener Gesetzgebung und einem UNCITRAL Modellgesetz den Anfang machen. Damit wollen wir den zu hoch verschuldeten Staaten im globalen Süden ~~auch~~ weitere Handlungsspielräume für sozial-ökologische Transformationsprozesse ermöglichen, etwa um ihre Gesundheitssysteme Gesundheits-, Bildungs- und Sozialssysteme zu verbessern, sie für alle zugänglich zu machen sowie Ansätze ~~zum Schutz von Wasser-, Sanitärversorgung und Hygiene voranzutreiben.~~ Schuldenerlasse und -umwandlungen soll es für Maßnahmen im Gesundheitsbereich sowie im Kampf gegen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen zur Stärkung der Corona-Krise geben öffentlichen Daseinsvorsorge voranzutreiben. SZudem werden wir uns für ein langfristiges globales Corona-Hilfspaket für strukturschwache Länder, Krisenregionen sowie Flüchtlingslager engagieren.

Ä29 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: Philipp Sewing (für Thementeam)

Text

In Zeile 127 einfügen:

Armut und Ungleichheit weltweit bekämpfen

Ä31 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: Philipp Sewing (für Thementeam)

Text

Von Zeile 163 bis 165 einfügen:

wir uns dafür einsetzen, ihr einen formellen Sitz einzuräumen. Medikamente und Impfstoffe müssen in allen Ländern erschwinglich und zugänglich sein, dazu muss öffentlich stärker investiert werden und das Patentrecht muss entsprechend flexibel sein. Monopole auf geistiges Eigentum zur Bekämpfung von Krankheiten dürfen den

Begründung

Freigabe der Patentrechte allein produziert kein einziges Medikament oder Impfdosis.

Text

Nach Zeile 541 einfügen:

Steuersümpfe trockenlegen

Viele Länder des globalen Südens verlieren mehr Geld durch illegale Steuer- und Kapitalflucht als durch Direktinvestitionen, Rücküberweisungen oder internationale Entwicklungsfinanzierung hineinfließt. Wir nehmen nicht länger hin, dass Konzerne und Superreiche mithilfe von Bankgeheimnis, Steuerdumpingländern und anderen Steuerlücken ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwohls unterschlagen. Darum kämpfen wir für ein international verbindliches Regelwerk, das Mindeststandards für die Steuerpflichten von Unternehmen und Staaten setzt. Auch zu Hause werden wir aktiv: Banken und Kanzleien untersagen wir Geschäfte mit unkooperativen Ländern, internationale Konzerne müssen ihre Gewinne nach Ländern aufschlüsseln und Briefkastenfirmen entziehen wir durch ein Transparenzregister die Grundlage. Den Internationalen Währungsfonds und die Entwicklungsbanken fordern wir auf, faire und gerechte Steuersysteme zu fördern und den Kampf gegen Steuerhinterziehung zu intensivieren.

Begründung

Dieses zentrale Thema taucht im intl. Teil leider sonst nicht auf - es war 2017 ein Schlüsselprojekt. Ich würde sogar soweit gehen, damit "Nahrungsmittelspekulation" zu ersetzen.

Ä33 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: Rosa Öktem (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

Text

Von Zeile 310 bis 311:

und die finanzielle Stärkung der entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen, wie beispielsweise ~~Sonderberichterstatter*innen~~ den EU Schutzmechanismus ProtectDefenders, ein.

Begründung

Inhaltlich falsch, UN-Sonderberichterstatter*innen sind kein Schutzinstrument oder Schutzinstitutionen von zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Menschenrechtsverteidiger*innen.

Ä35 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: Dieter Reuter (KV Rhein-Erft-Kreis)

Text

In Zeile 281:

Nachbarschaft und Partnerschaft mit ~~Afrika~~den Staaten Afrikas

Begründung

Afrika ist ja schließlich ein Kontinent mit 55 Staaten - das sollten wir auch in der Überschrift ausdrücken (wie auch schon in der BAG Telko am 29.03. besprochen!)

Ä38 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: Clemens Schwanhold (KV Berlin-Mitte)

Text

Von Zeile 162 bis 164:

koordinierende Organisation der globalen Gesundheit stärken. In der Gruppe der G20 werden wir uns ~~dafür einsetzen, ihr einen formellen Sitz einzuräumen~~ für ihre regelmäßige Teilnahme einsetzen. Medikamente und Impfstoffe müssen in allen Ländern erschwinglich und zugänglich sein, das Patentrecht muss entsprechend

Begründung

Da die G20 eine informelle Gruppe von Staaten ist, kann die WHO keinen formellen Sitz erhalten. Eine regelmäßige Teilnahme wie bei VN, IWF, WTO und anderen kann aber durch die Präsidenschaften sichergestellt werden.

Ä40 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: Felix Hötter (KV Göttingen)

Text

Von Zeile 288 bis 290 einfügen:

sich von kolonialen und patriarchalen Denkmustern freimacht und gleichzeitig die europäische Verantwortung gegenüber dem Kontinent ernst nimmt. Dabei sind wir uns insbesondere unserer kolonialen Geschichte bewusst und setzen uns unter anderem für eine öffentliche (Schuld-)Anerkennung des Völkermordes an den Herero und Nama ein. Es braucht eine offizielle Entschuldigung auf Seiten einer deutschen Regierung. Damit geht der Einsatz für angemessene, auf Augenhöhe verhandelte Schadensersatzzahlungen einher, unabhängig von gezahlten Entwicklungshilfen, sowie eine Intensivierung der Beziehungen mit ehemals kolonialisierten Gruppen und Staaten. Die Fortsetzung einer einseitigen Politik, die in weiten Teilen auf Fluchtabwehr, unfairen Handelsbeziehungen und der

Text

Von Zeile 536 bis 539 einfügen:

nicht nur Wetter und Ernten, sondern auch skrupellose Spekulant*innen, die fette Profite machen, wenn Menschen hungern. Auch andere lebenswichtige Ressourcen, wie Wasser, werden immer mehr zu einer spekulativen Ware. Die Ressource Wasser und deren faire Verteilung ist dabei nicht nur Grundlage fürs Überleben jedes einzelnen Individuums und Lebewesens, sondern auch elementar für die Produktion von Lebensmitteln, sowie für die Krisenprävention. Wir werden uns in der EU für strikere Regulierungen einsetzen, um unter anderem Nahrungsmittelspekulation zu unterbinden. Dafür braucht es strenge Berichtspflichten für Händler*innen. Konsequente Preis- und Positionslimits müssen an allen

Begründung

Seit Dezember 2020 werden Wasserrechte an der US-Börse gehandelt. Fast zwei Milliarden Menschen leben in Ländern mit schlechtem Zugang zu Wasser und zwei Drittel der Welt könnten in den nächsten vier Jahren mit Wasserknappheit konfrontiert sein. Befürworter*innen des finanziellen Mechanismus die Rechte von Wasser an der Börse zu verkaufen argumentieren, dass wenn er gut genutzt würde, ein besseres Management des zukünftigen Risikos und eine effizientere Nutzung von Wasser ermöglicht würde. Dass dies nicht funktioniert sehen wir seit Jahrzehnten bei der Spekulation mit Nahrungsmitteln. Wissenschaftler*innen wie Pedro Arrojo, Wirtschaftswissenschaftler und UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf Trinkwasser und Sanitärversorgung, ist strikt gegen den Handel von Wasser an der Börse. "Der Austausch von Konzessionen steht in eklatantem Widerspruch zu den Grundlagen, mit denen ein öffentliches Gut verwaltet wird. Plötzlich verdient jemand Geld indem er ein Recht verkauft, das der Staat ihm kostenlos gegeben hat", betont er. Die Spekulation mit den Rechten zu Wasser muss aufhören. Auch Konflikte um Wasser werden aufgrund der Klimakrise in den kommenden Jahren immer weiter ansteigen. Deswegen ist es wichtig, dass wir als GRÜNE klar machen, dass alle lebenswichtigen Ressourcen nicht als spekulative Ware gehandelt wird.

Ä46 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: Michael Kömm (Co-Sprecher BAG globale Entwicklung)

Text

Von Zeile 508 bis 509:

Die Corona-Krise führt in vielen ~~Entwicklungsländern~~ Ländern des globalen Südens zu Kapitalflucht und Währungskrisen und offenbart so die Schwächen der Währungsordnung. Unser Ziel bleibt langfristig der Aufbau

Von Zeile 512 bis 517:

Aufstockung der Sonderziehungsrechte einsetzen. Deutschland und Europa könnten vorangehen und nicht genutzte Sonderziehungsrechte ~~Entwicklungsländern~~ Ländern des globalen Südens zur Verfügung stellen, wie Kanada es bereits getan hat. Der IWF sollte ~~Entwicklungsländern~~ Ländern des globalen Südens auch bei der Einführung und Durchführung von Kapitalverkehrskontrollen helfen und dafür mit den Staaten mit globalen Finanzzentren zusammenarbeiten. Das Stimmengewicht muss sich zugunsten von ~~Entwicklungsländern~~ Ländern des globalen Südens verschieben. Die EU-Staaten sollten ihre Stimmrechte zusammenlegen.

Begründung

redaktionell - der Begriff Entwicklungsländer ist nicht mehr state of the art

Ä47 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: Michael Kömm (Co-Sprecher BAG globale Entwicklung)

Text

Von Zeile 519 bis 520:

Viele ~~Entwicklungsländer~~ Länder des globalen Südens sind überschuldet. Beispielsweise gibt Pakistan 40 Prozent seines Etats für den Schuldendienst, aber nur 2 Prozent für Gesundheit aus. Das derzeitige

Begründung

redaktionell - der Begriff Entwicklungsländer ist nicht mehr state of the art

Ä49 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: Luise Steinwachs (KV Berlin-Pankow)

Text

In Zeile 138 einfügen:

Vereinte Nationen stärken und reformieren

Begründung

Es sollte schon in der Überschrift deutlich werden, dass die UN erst einmal grundsätzlich wichtig ist (und also gestärkt werden soll) und aus dieser Grundhaltung heraus reformiert werden sollte.

Text

Von Zeile 119 bis 121 einfügen:

jene Staaten in die Pflicht nehmen, die historisch am meisten zur Erderwärmung beigetragen haben. Dass bedeutet für uns auch, dass Natur- und Umweltschutz dekolonialisiert werden muss und Landrechte indigener Gemeinschaften konsequent anerkannt und geachtet werden. Die „Task Force on Displacement“ wollen wir strukturell stärken und setzen uns dafür ein, dass ihre Empfehlungen ebenso umgesetzt werden wie der Globale Pakt für eine sichere,

Begründung

Insbesondere im Natur- und Umweltschutz in afrikanischen Staaten und asiatischen Staaten wird ein Konzept von sogenannten „Schutzgebieten“ angewandt, welches auf kolonialen Logiken beruht und Naturschutz nur ohne Menschen ermöglicht. 80% der biodiversitätsreichsten Orte der Welt liegen in indigenen Gebieten. Dennoch wird heute noch der Aufbau von Schutzgebieten in einem kolonialen Denken u.a. von internationalen Naturschutzorganisationen unterstützt, welche ohne vorherige Zustimmung indigene Gemeinschaften von ihrem Land vertreiben und sie ihrer Lebensgrundlage berauben. Für uns GRÜNE ist klar, dass Naturschutz und Menschenrechte zusammengehen muss und deswegen bedarf es eine Dekolonialisierung diese Konzeptes von Festungsnaturschutz, in welchem mithilfe von Militarisierung und Vertreibung die Natur geschützt werden soll.

Quelle: u.a. Buzzfeed News, Katie Baker & Tom Warren (2019) “WWF’s Secret War”; John Mbaria & Mordecai Ogada, (2016): “The Big Conservation Lie”, Lens & Pens Publishing, Auburn WA.; Mark Dowie, (2009): “Conservation Refugees - The hundred-year conflict between global conservation and native peoples”, The MIT Press.; Survival International (2014): “Parks need peoples”, Report outlining the reasons why evictions of tribal communities from protected areas spell disaster for both people and nature

Text

Von Zeile 287 bis 289:

abgestimmte und differenzierte Politik ein. Die Zukunft liegt in einer Afrikapolitik, die ~~sich von kolonialen~~ koloniale und patriarchalen ~~Denkmustern~~ freimacht reflektiert und gleichzeitig in ihrem Bestreben sie zu überwinden die europäische Verantwortung gegenüber dem Kontinent ernst nimmt. Die Fortsetzung einer einseitigen

Begründung

In unserer LAG kam der Einwand auf, dass das Wort "freimacht" problematisch ist. Hier könnte der Eindruck erweckt werden, dass wir uns von unserem kolonialem Erbe freimachen wollen, aber das Ziel ist es bei der Überwindung der angesprochenen Denkmuster, zu diesem Erbe und unseren Handlungen in der Vergangenheit zu stehen, daraus zu lernen und die Lehren für unsere zukünftige Politik zu ziehen.

Ä53 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: Wolfgang Jamann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Text

Von Zeile 329 bis 330 einfügen:

Überschrift: Kein Export von Überwachungstechnologie, globaler Schutz vor Datenmissbrauch.

Verschlüsselte Kommunikation rettet tagtäglich Menschenleben. In den sozialen Medien werden

Von Zeile 335 bis 337 löschen:

zu verfolgen. Wir zielen auf ein europäisches Moratorium für die Ausfuhr, den Verkauf und die Weitergabe von Überwachungsinstrumenten ~~an repressive Regime~~. Entsprechende Schutzklauseln wollen wir in der deutschen wie europäischen Exportkontrolle verankern. Wir

Von Zeile 340 bis 342 einfügen:

internationalen Zusammenarbeit setzen wir uns für den Zugang aller zu digitaler Technologie ein, bei weitreichendem Schutz persönlicher Daten und Identitäten, insbesondere von marginalisierten und politisch unbequemen Gruppen. Den freien Zugang zu Informationen als einem globalen öffentlichen Gut gilt es zu fördern und zu schützen. Durch die Unterstützung von Trainings stärken wir die sichere

Begründung

Der Export von digitaler Überwachungstechnologie sollte generell, nicht nur für Diktaturen verboten werden.

Ausserdem kommt der Schutz persönlicher Daten und Identitäten zu kurz. Ein entsprechender Absatz wurde eingefügt.

Ä54 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: Ute Koczy (KV Lippe)

Text

Von Zeile 121 bis 123 einfügen:

ein, dass ihre Empfehlungen ebenso umgesetzt werden wie der Globale Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration sowie der Globale Pakt für Flüchtlinge. Bei multilateralen Banken verbessern wir die Möglichkeit für Beschwerden durch Betroffene, die sich gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen wehren. Initiativen zur Stärkung des Rechtswegs und das Instrument der Klimaklagen unterstützen wir. Die

Begründung

Schätzungsweise 20 Mio. Menschen erlebten Zwangsumsiedlungen, nachdem öffentliche Banken diverse Projekte (Staudämme, Kraftwerke, Plantagen etc) finanzierten. Wollen die Betroffenen sich wehren, haben sie kaum eine Chance, sich Gehör zu verschaffen. Deswegen braucht es gute Beschwerdemechanismen in den Institutionen zum Schutz der Menschen und ihrer Rechte.

Text

Von Zeile 620 bis 622:

Verbandsklagerecht bei Verstößen gegen das neue Gesetz einführen und für eine wirksame Endverbleibskontrolle sorgen. ~~Hermesbürgschaften für Rüstungsexporte darf es nicht geben~~
Wir beenden die finanzielle Förderung von Rüstungsexporten mittels Außenwirtschaftsförderung (Hermesbürgschaften, Investitionsgarantien, ungebundene Finanzkreditgarantien), bei staatlich geförderten Altersvorsorgeprodukten, öffentlichen Vermögensanlagen sowie durch den öffentlich-rechtlichen Finanzsektor.

Den Einsatz von Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten wollen wir streng regulieren

Begründung

Neben den Hermesbürgschaften gibt es noch weitere Finanzierungsinstrumente für Rüstungsexporte. Diese dürfen nicht länger unter dem Radar laufen und werden hier deshalb explizit benannt.

Ä59 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: Ute Koczy (KV Lippe)

Text

Von Zeile 361 bis 363 einfügen:

Fakultativprotokoll zum Sozialpakt und die Wanderarbeiterkonvention der Vereinten Nationen zu ratifizieren. Das ist für Deutschland seit vielen Jahren überfällig. Auch muss das Fördermodell der Banken und Finanzinstitutionen mit deutscher Beteiligung hinsichtlich der Einhaltung der Menschenrechte hinterfragt und überarbeitet werden.

Auf europäischer

Ebene setzen wir uns für die Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für

Begründung

Die Förderungen in bi- und multilateralen Finanzinstitutionen müssen auf den Prüfstand: hier müssen neue Mechanismen für die Einhaltung der Menschenrechte umgesetzt werden. Das beginnt bei Projektplanungen, die Bestimmung der Anzahl der von Umsiedlung betroffener Menschen bis hin zu Beschwerdekanälen, die robust und leicht zugänglich sind. Dafür müssen Kapazitäten geschaffen werden und z.B. ein Abhilfefonds für negative Auswirkungen bzw. Kompensationszahlungen eingerichtet werden.

Ä60 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: Lutz Weischer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)

Text

Von Zeile 96 bis 97:

Nationen und den Pariser Klimazielen zu finanzieren. Deutschlands Beitrag soll die ODA-Quote erfüllen und bis 2025 ~~8~~10 Milliarden Euro Haushaltsmittel zur internationalen Klimafinanzierung bereitstellen.

Begründung

Erstens müssen wir konkretisieren, dass wir hier Haushaltsmittel meinen. In der internationalen Debatte wird Klimafinanzierung nämlich so definiert, dass z.B. auch mobilisierte private Finanzierung mitgezählt wird. Je nach dem, wie man die definiert, hätte Deutschland dann allerdings die 8 Milliarden schon mehr als erreicht. Und zweitens sollten wir bei unserer Beschlusslage von der BDK 2019 in Bielefeld bleiben, wo wir mit guten Gründen 10 Milliarden (nicht 8) aus öffentlichen Mitteln gefordert haben (vgl. <https://cms.gruene.de/uploads/documents/Wirtschaft-Handeln-und-zwar-jetzt-Beschluss-BDK-11-2019.pdf>, S. 35 unten).

Text

Von Zeile 111 bis 112 einfügen:

können zum Beispiel Klimarisikoversicherungen finanziert werden. Entwicklungs- und Investitionsbanken wie die KFW oder die Weltbank sollten zu Transformationsbanken umgebaut werden, die ihre Aktivitäten konsequent an Kompatibilität mit den Pariser Klimazielen ausrichten. Wir werden jegliche Förderung fossiler Energieträger in unserer Entwicklungs- und Exportfinanzierung beenden.

Begründung

Deutschland hat mit der KFW eine der größten bilateralen Entwicklungsbanken. Nur auf die multilateralen Banken wie die Weltbank zu schauen, wo solche Veränderungen mit den anderen Anteilseignern verhandelt werden müssen und möglicherweise länger dauern, greift daher zu kurz. Und es muss expliziter werden, was "Transformationsbanken" heißen soll und dass damit strikte Paris-Kompatibilität gemeint ist.

Text

Von Zeile 100 bis 108:

Sie ist klimapolitisch notwendig, kann nachhaltige Entwicklung fördern, Ressourcenkonflikte vorbeugen und Frieden sichern. ~~Klimaaußenpolitik kann zu einer Win-win-Situation für Europa, seine Nachbarn und die Länder des globalen Sonnengürtels führen. Sie bedeutet zum einen, dass wir Europäer*innen unseren Bedarf an grüner Energie durch Klimapartnerschaften decken helfen: grüner Wasserstoff statt Öl- und Gasimporte. Andererseits werden wir so endlich unserer historischen Verantwortung gerecht, indem wir Elektrifizierung und Technologietransfers insbesondere in afrikanischen Ländern vorantreiben und den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien in diesen Ländern unterstützen. Wir wollen die personellen und finanziellen Mittel für Klimaaußenpolitik sowohl in Deutschland wie der EU deutlich erhöhen. Um die Klimaaußenpolitik institutionell zu stärken und eine strategische Ausrichtung aus einem Guss zu ermöglichen, soll die Bundesregierung eine gemeinsame Strategie für Klimaaußenpolitik entwickeln und dazu einen jährlichen Bericht vorlegen, der im Bundestag behandelt wird, sowie einen Beauftragten für Klimaaußenpolitik im Rang eine*r Staatssekretär*in ernennen. Klimaaußenpolitik kann zu einer Win-win-Situation für Europa, seine Nachbarn und die Länder des globalen Sonnengürtels führen. Wichtigstes Ziel grüner Klimaaußenpolitik ist es, unserer historischen Verantwortung gerecht zu werden und unseren gerechten Beitrag zur Erreichung der Pariser Klimaziele zu leisten, indem wir zum Beispiel den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien in Ländern des Globalen Südens unterstützen. Andererseits werden gerecht gestaltete Klimapartnerschaften auch helfen, unseren Bedarf an grüner Energie zu decken: grüner Wasserstoff statt Öl- und Gasimporte.~~ Nur so können wir es schaffen, global auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Wir stärken die bestehenden Fonds für

Ä63 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: konsolidiert Rosa Öktem + Deborah Düring

Text

Von Zeile 361 bis 363 einfügen:

Fakultativprotokoll zum Sozialpakt und die Wanderarbeiterkonvention der Vereinten Nationen zu ratifizieren und wirksam in allen Politikbereichen umsetzen. Das ist für Deutschland seit vielen Jahren überfällig. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für die Umsetzung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs für

Von Zeile 365 bis 369:

Menschenrechtsverbrecher*innen befürworten wir. Die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, wollen wir besser ausstatten und die Nationale finanzielle Ausstattung der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter und das Deutsche Institut des Deutschen Instituts für Menschenrechte ~~wollen wir besser ausstatten~~ mindestens verdoppeln, damit sie ihre gesetzlichen Aufgaben ~~planbar~~ angemessen erfüllen können. Auf internationaler Ebene setzen wir uns für die finanzielle Stärkung der VN-Fachausschüsse und -Sonderberichterstatter*innen ein. Menschenrechte und Demokratieförderung sind Grundpfeiler unserer entwicklungspolitischen Arbeit.

Begründung

Konsolidierte ÄA 36, 37 und 43.

1. (ÄA 43) Die Konvention für die Rechte indigener Menschen (ILO 169) wird zu großer Wahrscheinlichkeit bereits im Sommer diesen Jahres ratifiziert. Für uns als GRÜNE muss nicht nur die Ratifizierung, sondern auch die Umsetzung internationaler Konventionen im Vordergrund stehen. Dabei ist es wichtig, dass Menschenrechtskonventionen in allen Politikbereichen umgesetzt werden. Dafür braucht es ambitionierte Strategien und Pläne für die unterschiedlichen Ministerien und Politikbereiche.

Quelle: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/268/1926834.pdf>

2. (ÄA 37) Mit ihrer derzeitigen finanziellen Ausstattung können die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter und das Deutsche Institut für Menschenrechte ihre Aufgaben nicht angemessen erfüllen. Daher die deutlichere Wortwahl "mindestens verdoppeln" statt nur "besser ausstatten". Da beide Institutionen für das Monitoring von Menschenrechten in Deutschland zuständig sind, ist eine angemessene finanzielle Ausstattung der eigenen Institutionen auch eine Frage der Glaubwürdigkeit auf internationaler Ebene.

3. (ÄA 36) Das sehr berechtigte Anliegen die VN-Menschenrechtsinstitutionen zu stärken, wurde hierhin ("Institutionen stärken") verschoben (s. ÄA 33) und um die VN-Fachausschüsse ergänzt, da es hier inhaltlich besser passt. Die Arbeit der VN-Fachausschüsse ist aufgrund der insgesamt schlechten finanziellen Ausstattung der VN massiv bedroht.

Quelle: <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26147&LangID=E>

Ä64 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: konsolidiert u.a. Luise Steinwachs, Pegah Edalatian, Markus Kaltenborn, Philip Sewing
Beschlussdatum: 10.04.2021

Text

Von Zeile 128 bis 136:

Durch die Corona-Pandemie ~~ist dies~~ sind Armut und Ungleichheit weltweit dramatisch angestiegen. ~~Armutsbekämpfung~~ ist zentrales Ziel Armutsbekämpfung und gerechte Teilhabe sind zentrale Ziele unseres internationalen Engagements und werden über eine Vielzahl von Instrumenten umgesetzt. ~~Darum~~ Wir setzen ~~wir~~ uns unter anderem dafür ein, ~~dass~~ dass Menschen weltweit sozial abgesichert werden und wollen ~~– gemeinsam mit lokalen Organisationen~~ Partnerländer im Globalen Süden über die bi- und Expert*innen – zum multilaterale Entwicklungszusammenarbeit beim Aufbau nachhaltiger und ~~einer nachhaltigen Stärkung von sozialen Sicherungssystemen beitragen~~ rechtebasierter sozialer Sicherungssysteme unterstützen. In einem ersten Schritt können Menschen in besonders von ~~Armut~~ Armut betroffenen Regionen durch ~~finanzielle Direkthilfen~~ Sozialtransfers („social cash transfers“) ~~im Rahmen der ODA-Mittel~~ abgesichert werden. Grundsätzlich wollen wir, dass soziale ~~Sicherungsprogramme~~ Sicherungsprogramme einfach zugänglich sind, die vulnerabelsten Gruppen erreichen – und Geschlechtergerechtigkeit und ~~sozialen~~ sozialen Zusammenhalt fördern. Wir wollen vor allem Länder dabei unterstützen, eine sozial orientierte Wirtschaftspolitik zu verfolgen.

Begründung

Mit dem aktuellen Formulierungsvorschlag wird hervorgehoben, dass soziale Sicherungssysteme staatliche Verantwortung sind und die Entwicklungszusammenarbeit hier unterstützen sollte. Es geht um rechtebasierte Sozialtransfers (so der gängige deutsche Begriff für social cash transfers, den BMZ, DIE, KfW u.a. verwenden) im Kontext sozialer Sicherungssysteme. Der explizite Hinweis auf ODA-Mittel wurde weggelassen, da er sich aus der bi- und multilateralen EZ erschließt.

Da sich Armutsbekämpfung aber nicht in sozialer Sicherung erschöpft, wird am Anfang zusätzlich darauf hingewiesen, dass es zahlreiche Instrumente gibt und dies nur eines ist.

Außerdem werden soziale Sicherungssysteme auch als Instrument zur Verringerung von Ungleichheit benannt, was ebenfalls in den Text und auch in die Überschrift aufgenommen wurde. (In der Überschrift ließ sich die Überschrift nicht ändern.)

(konsolidierter Vorschlag Luise Steinwachs, Markus Kaltenborn, Pegah Edalatian, Dieter Reuter, Gisela Glimmann, Hannes Mehrer, Simon Heß und Philipp Sewing)

Ä65 PB.I-01: KAPITEL 6: INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Antragsteller*in: Antje Westhues (KV Bochum)

Text

Von Zeile 239 bis 241:

der immer härteren Repression durch den Kreml die Stirn bietet und für Menschenrechte, Demokratie ~~und~~, Rechtsstaatlichkeit und gegen Homo- und Transfeindlichkeit kämpft, wollen wir unterstützen und den Austausch mit ihr intensivieren. Für eine Lockerung der Sanktionen, die wegen der völkerrechtswidrigen

Begründung

Homo- und Transfeindlichkeit gehören in Russland leider noch zu Normalität und Aktivist:innen werden immer noch verfolgt und verhaftet.

Text

Von Zeile 249 bis 251:

Wir stehen an der Seite all derer, die in der Türkei für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit ~~und~~, Menschenrechte und Frauenrechte kämpfen. Wir verurteilen die Menschenrechts- und Rechtsstaatsverletzungen, fordern eine Freilassung aller politischen Gefangenen und die Rückkehr zu einem politischen

Von Zeile 255 bis 257 einfügen:

thematisieren. Die Wiederaufnahme der Gespräche über einen EU-Beitritt kann es erst geben, wenn die Türkei eine Kehrtwende zurück zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vollzieht und in die Istanbul Konvention zurückkehrt. Der bestehende EU-Türkei-Deal untergräbt internationales Asylrecht, ist gescheitert und muss

Begründung

1. Gerade in Türkei kämpfen Frauen für Gleichstellung, Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau ist in der Türkei wird zu Zeit noch erschwert.
2. Die Istanbul-Konvention ist ein völkerrechtlich bindendes Instrument zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Gewalt gegen Frauen ist in der Türkei noch ein sehr verbreitetes Problem und daher ist die Rückkehr in die Istanbul-Konvention notwendig.

Text

Von Zeile 580 bis 585 einfügen:

demokratischen Austausch und baut neue Partnerschaften auf. Auch die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus und das Verbrechen der Kolonialzeit werden wir durch internationale Kultur- und Jugendbegegnungen und durch zivilgesellschaftlichen Austausch stärken. Die Verantwortung für die koloniale Vergangenheit Deutschlands und andere Mitgliedstaaten der EU wollen wir zum Beispiel in gemeinsamen Geschichtsbuchkommissionen mit ehemaligen kolonialisierten Staaten aufarbeiten. Das Gedenken und Erinnern des Verbrechens der Kolonialzeit wollen wir ausbauen und auch mehr in den Fokus stellen. Kulturmittlerorganisationen, wie etwa Goethe-Institute, und die deutschen Schulen im Ausland

Begründung

1. Nicht nur das Verbrechen des Nationalsozialismus muss aufgearbeitet werden, sondern auch das Verbrechen der Kolonialzeit muss aufgearbeitet werden. Während der Kolonialzeit geschahen Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung, Versklaven der Menschen, Völkermord usw.. Deutschland bzw. Europa hat bis heute es nicht politisch aufgearbeitet.
2. Auch andere Mitgliedstaaten wie Spanien, Frankreich, Niederlande usw. waren an dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit mitbeteiligt.
3. Erinnern und Gedenken an die Kolonialismus Verbrechen ist genauso wichtig und notwendig wie das Erinnern und Gedenken an die Verbrechen des Nationalsozialismus. Rassismus ist durch Kolonialismus erst entstanden.

Text

Von Zeile 519 bis 531:

Viele ~~Entwicklungsländer~~Länder des Globalen Südens sind überschuldet. ~~Beispielsweise gibt Pakistan 40 Prozent seines~~

~~Etats für den Schuldendienst, aber nur 2 Prozent für Gesundheit aus~~Nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds befinden sich Anfang 2021 über die Hälfte der Länder mit niedrigem Einkommen in einer Schuldenkrise oder stehen kurz davor stehen. Das derzeitige ~~Schuldenmoratorium~~Schuldendienstmoratorium der G20 als Antwort auf Corona ist richtig, verschiebt das Problem aber nur in die Zukunft. Wir brauchen eine nachhaltige Schuldenrestrukturierung mit einen-echten Schuldenerlassen. ~~Dafür muss~~Nur so können die überschuldeten Schwellen- und Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden, klimafreundliche und inklusive Entwicklungsstrategien finanziell auch zu stemmen. Zur Vorsorge künftiger Überschuldungskrisen setzen wir uns für ein international~~bei den Vereinten Nationen angesiedeltes,~~ transparentes und ~~unabhängiges~~

~~Staateninsolvenzverfahren~~unabhängiges Schuldenrestrukturierungsverfahren für ~~die Länder geschaffen werden~~Staaten ein, die überwiegend nicht in ihrer eigenen

Währung verschuldet sind. Private Gläubiger müssen rechtlich dazu verpflichtet werden, an einem ~~Insolvenzverfahren~~solchen Verfahren teilzunehmen. So können wir den Zustand beenden, dass einzelne

Gläubiger eine Entschuldung blockieren, und verhindern, dass einzelne private Gläubiger wie Geierfonds auf Kosten anderer profitieren. Damit wollen wir den zu hoch verschuldeten Staaten im globalen Süden ~~auch ermöglichen~~Handlungsspielräume für sozial-ökologische Transformationsprozesse eröffnen, etwa um ihre Gesundheitssysteme~~Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsysteme~~ zu verbessern, sie für

alle zugänglich zu machen sowie ~~Ansätze zum Schutz von Wasser-, Sanitärversorgung und Hygiene voranzutreiben~~die öffentlichen Daseinsvorsorge zu stärken. Zeitnahe Schuldenerlasse und -umwandlungen ~~soll~~muss es für Maßnahmen ~~im~~im Gesundheitsbereich sowie im Kampf gegen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-